

Volksstimme

Einzelpreis 160 Millionen

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Montag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannkuch & Co., Magdeburg, Große Münzstraße 3. — Fernsprecher: Anrufnummer: Für Inserate Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag. Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 22. bis 29. Oktober 900 Millionen Mark, Abolter 880 Millionen Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die Tageszeitung, 27 Millimeter breite Kompartimentsbreite 84 Millimeter, auswärts 108 Millimeter; Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Millimeter, die dreispaltigen, 96 Millimeter breite Kettelzeile 420 Millimeter, auswärts 540 Millimeter. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Verlags d. Deutsch. Zeitungsverleger, ab 24. Okt. 12000 000. Der gewährte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Postvorschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 127 Magdeburg.

Nr. 250.

Magdeburg, Freitag den 26. Oktober 1923.

34. Jahrgang.

Loslösung der Pfalz?

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Nach einem Telegramm der „Pfälzischen Rundschau“ aus Ludwigshafen wurde am Mittwoch vormittag in der Pfalz ein sozialistisches Flugblatt verbreitet, in dem darauf hingewiesen wurde, daß Bayern die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen das Reich befinde. Die Sozialdemokratische Partei sehe sich daher genötigt, aus dieser Lage in Bayern die Konsequenzen zu ziehen. Die Pfalz könne nicht mehr bei Bayern bleiben. Die Sozialdemokratische Partei habe daher die Initiative zur Lösung der Pfalz von Bayern und zur Bildung eines selbständigen Staates im Rahmen des Deutschen Reiches ergriffen.

Dem am Mittwoch zusammengetretenen Kreistag lag ein entsprechender Antrag vor, unterschrieben von Kleefeld, Zweiter Bürgermeister von Ludwigshafen, Hoffmann (Kaiserslautern), ehemaliger bayrischer Ministerpräsident, und Rechtsanwalt Wagener in Ludwigshafen.

Daraufhin gab der Vertreter der Rheinlandkommission Major Louis folgende Erklärung ab:

In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht anzuhalten kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, und in Anbetracht ferner der höchst beunruhigenden und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute an die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat der Pfalz verpflichtet sich feierlichst, gegenüber der hohen Alliierten Kommission zur Mitarbeit für die Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, die zur Tilgung der geschuldeten Reparationen und der möglichen Sicherheiten Frankreichs erforderlich ist.

Der Kreistag vertagte sich daraufhin bis nachmittags 4 Uhr. In der Nachmittagsitzung gab Geheimrat Bayerdörfer im Namen der Parteien folgende Erklärung ab:

In der vorliegenden Angelegenheit ist der Kreistag der Pfalz nach den geltenden Reichsgesetzen (Art. 18 der Reichsverfassung) in keiner Weise zuständig. Damit ist der Antrag vorläufig für uns erledigt.

Es meldete sich niemand zum Worte. Die Erklärung des Geheimrats Bayerdörfer wurde von den anwesenden Vertretern der Parteien und dem Publikum mit jubelndem Beifall begrüßt.

Wie mitgeteilt wird, hat auch die Sozialdemokratie beschlossen, gegen die Abgabe der Erklärung zu stimmen, da in der Erklärung nicht ausgedrückt ist, daß die Pfalz ein autonomer Staat innerhalb des Reiches werden sollte.

Dem Abgeordneten Hoffmann, dem ehemaligen Ministerpräsidenten von Bayern, der eine Erläuterung der Umstände geben wollte, die zu dem von ihm gestellten Antrag führten, wurde das Wort nicht gegeben.

Noch bevor diese tatsächlichen Vorgänge bekannt wurden, erhielt der „Vorwärts“ aus Kaiserslautern (Pfalz) folgende Meldung:

Hier sind alle Vorbereitungen getroffen, um noch im Laufe des heutigen Tages die Gründung der Pfalzrepublik im Verband des Deutschen Reiches zu vollziehen. Der Entschluß ist gefaßt worden, weil die Geduld der reichstreuen, republikanischen Bevölkerung der Pfalz dem Münchner Treiben gegenüber erschöpft ist. Auch hier hat infolge des Münchner Vorstoßes die separatistische Gefahr überhand genommen, es kann ihr nur dadurch begegnet werden, daß sich die Pfalz als ein von Bayern losgelöstes Freistaat des Deutschen Reiches konstituiert.

Die Gründung der Pfalzrepublik ist ein Akt der Abwehr gegen den reaktionären Separatismus, ein Akt der Treue zum Reich!

Ueber die dem Antrag der drei pfälzischen Sozialdemokraten zugrunde liegenden Absichten wird weiter gemeldet:

Die Sozialdemokraten Hoffmann, Kleefeld und Wagner verhandelten mit General de Metz, der auf ihre Pläne einging mit der Einschränkung, daß der autonome Pfalzstaat nur so lange im Verband des Deutschen Reiches bleiben solle, als dieses seinen Verpflichtungen gegenüber Frankreich nachkomme. Nach Abschluß dieser Verhandlungen berief General de Metz den Kreistag der Pfalz nach Speier ein. Die Schlussklärung des Vorsitzenden Bayerdörfer wurde von sämtlichen Abgeordneten und dem Publikum mit großem Beifall begrüßt. Auch die Sozialdemokraten stimmten geschlossen gegen die Erklärung des Majors Louis, weil in dieser Erklärung die wahren Absichten der Franzosen klar zutage treten. In dem Vorgehen ihrer Parteifreunde Hoffmann und Genossen erblickten sie zunächst die Absicht, eine Stärkung des Reichsgedankens in Bayern herbeizuführen. Sie lehnen es aber ab, durch dieses Vorgehen den Franzosen dienlich zu werden.

Dem pfälzischen Sozialdemokraten Johannes Hoffmann die Mühe zuzuschreiben, das Reichsgefüge zu zerstören, kann

nur, wer diesen ehemaligen bayrischen Ministerpräsidenten nicht kennt. Was er wollte, war die Stärkung des Reichsgedankens, er wollte die Pfalz freimachen von einem Bayern, das gegen das Reich zu Felde zieht.

Die Franzosen glaubten offenbar, die Bewegung „Los von München!“ umfänglich zu können in eine Bewegung „Los vom Reich!“ Wir freuen uns, daß diese Absicht mißlungen ist. Wie stark die Bewegung gegen die Münchner Kabarett in der Pfalz — und nicht nur in der Pfalz — ist, das geht u. a. auch aus folgender Meldung der „Magdeburger Zeitung“ hervor, die unterm 24. Oktober aus Ludwigshafen berichtet:

Heute nachmittag findet eine Besprechung zwischen General de Metz und den Führern der politischen Parteien und Gewerkschaften der Pfalz über die Einführung der Frankwährung und die Gründung einer pfälzischen Republik statt. Tatsächlich hat sich der Frankwährung weiter Teile der Wirtschaft bemächtigt. Die Landwirte verkaufen fast nur noch gegen Frank und weisen die Papiermark zurück. In sozialdemokratischen und Gewerkschaftskreisen wächst die Stimmung für eine Selbständigmachung der Pfalz, da man hier, wie übrigens in weiten bürgerlichen Kreisen der Pfalz über den Kurs, der gegenwärtig in München von Herrn von Kahr gesteuert wird, empört ist.

Aus dieser Meldung geht hervor, daß also auch in bürgerlichen Kreisen der Pfalz starke Abneigung gegen München besteht, wie denn auch die „Neue Badische Landeszeitung“ in Mannheim schreibt, „daß die Stimmung der pfälzischen Bevölkerung gegen Bayern die denkbar schlechteste ist und daß, wenn die Frage so gestellt würde, ob bei einem Ausscheiden Bayerns aus dem Reich oder bei einem weiteren Vorgehen Bayerns gegen die Reichseinheit die Pfalz über ihr Schicksal zu entscheiden haben würde, diese Entscheidung zweifellos im Sinne der Zugehörigkeit zum Reich und der Ablösung von Bayern ausfallen würde.“

Wie ist das möglich?

Es ist wiederholt in der Rheinpfalz der Versuch gemacht worden, die „Freie Republik Rheinpfalz“ auszurufen. Die Macher waren Leute vom Schläge der Dörten, Smeets, Deders, Matthes. Sozialdemokratische Arbeiter sind es gewesen, die alle diese Unternehmungen bereiteten, in Nacht und Nebel zogen sie von Ludwigshafen nach Speier und prügelten die Sonderbündler aus dem Regierungsgebäude, in dem sie sich gerade festsetzen wollten, wie in diesen Tagen in Wachen, Bonn, Mainz usw. Die pfälzischen Sozialdemokraten traten ein für das Reich, sie fürchteten nicht die französischen Bajonette.

Und nun sollen Führer dieser gleichen sozialdemokratischen Arbeiter Hochverrat am Reich versucht haben? Führer vom Schläge des alten Johannes Hoffmann? Das ist nicht möglich, das ist nicht denkbar, das ist auch nicht wahr! Die Lösung des Rätsels ist nicht in Kaiserslautern und nicht in Ludwigshafen, sie ist in München zu suchen. Die Rheinpfalz gehört zu Bayern, weil sie in den Kriegs- und Heiratshändeln der Fürsten und Dynastien an Bayern hängen blieb. Empörung herrscht in der Rheinpfalz über das Karrentreiben in München, Empörung über die ganz folgerichtig von der in Bayern herrschenden bayrischen Volkspartei schon seit dem Sommer 1918 betriebenen Politik der Reichszerstörung, die einen vorläufigen Höhepunkt in der Meuterei eines Doffow und dem Rebellentum eines Kahr gefunden hat. Die Kahr-Doffow-Knilling haben nach Feststellung der Reichsregierung die Reichsverfassung gebrochen — und daraus zogen Pfälzer Sozialdemokraten die Konsequenzen, d. h. sie wollten sich loslösen von der verfassungsbrecherischen Regierung in München, sie wollten sich als ein neues Land dem Reich einfügen.

Die Franzosen erhofften sich mehr: sie wollten die Rheinpfalz nicht nur von Bayern, sondern auch vom Reich losreißen. Das haben die Sozialdemokraten nicht gewollt, das haben sie auch abgelehnt. Knechte der Franzosen werden die pfälzischen Sozialdemokraten nicht werden. Sie sind ebenso treue Deutsche wie die Arbeiter in Wachen, in Trier, in Bonn, in Wiesbaden, und wir zweifeln nicht: wenn sich Leute finden sollten, die glauben, jetzt die Gelegenheit benutzen zu können, um die französischen Wünsche in der Pfalz zu erfüllen, dann werden die pfälzischen Sozialdemokraten in erster Linie gegen sie kämpfen. Sie werden gute Deutsche sein, trotz der wüsten Hebe, die jetzt gegen sie einsteht, und nicht nur gegen die

pfälzischen Genossen, sondern auch gegen die Sozialdemokratie als Gesamtpartei. Wie die Partei sieht, das geht aus folgender Meldung hervor:

Der Parteivorstand hat sich mit den Gefahren für die Reichseinheit beschäftigt, die im Süden und Norden in Erscheinung getreten sind. Es gab keine Meinungsverschiedenheit darüber, daß die Sozialdemokratische Partei für die Einheit des Reiches kämpfen wird, wie sie es bisher stets und noch zuletzt von Wachen bis Wiesbaden im besetzten Gebiet getan hat.

Die Vorgänge in der Rheinpfalz wie im gesamten besetzten Gebiet sind aber auch eine letzte Warnung für die Reichsregierung. Der fehlende Führermut, der Mangel an Mut zur Selbstverteidigung, das Schlepplassen der Zügel, das Ducken vor dem Stiernacken des Kahr rächt sich furchtbar. —

Und wieder ein papierner Beschluß.

Der Reichsrat sollte am Mittwoch nachmittag über den bayrischen Konflikt verhandeln. Die sozialdemokratischen Mitglieder verlangten in öffentlicher Sitzung. Der bayrische Gesandte protestierte, und die Reichsratsmehrheit fügte sich. An Stelle dieser Sitzung fand eine Sitzung der Ministerpräsidenten und Gesandten der Länder statt. Darüber wird ein halbamtlicher Bericht herausgegeben, aus dem wir zitieren:

Der bayrische Gesandte d. Preger legte die bayrische Auffassung über die Entstehungsgeschichte und Entwicklung des Konflikts dar und brachte daran anschließend zum Ausdruck, daß Bayern durchaus reichstreue sei, daß es aber den Wunsch nach einer Minderung der Ueberspannung des unitarischen (Einheits-) Gedankens in der Reichsverfassung habe, der der Ursprung von Konflikten schon mit verschiedenen Reichsregierungen gewesen sei.

Danach ergriff der Reichskanzler im Namen der Reichsregierung das Wort: Die Ernennung einer Persönlichkeit, wie die des Kahr zum Generalstaatskommissar in Bayern, habe die Gefahr mit sich gebracht, daß rechtsradikale Kreise in andern Teilen des Reiches ihre Stunde für gekommen hielten und zu Gewalttätigkeiten verleitet wurden. Dieser Gefahr sei der Reichsausnahmestatus als Vorbeugungsmittel entgegengestellt worden. Die Reichsregierung wünschte, daß es gelingen möge, einen Ausgleich zwischen Bayern und dem Reich herbeizuführen. Vorbedingung zu solchen Schritten sei aber die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände.

In einer längeren Besprechung vereinbarten die Ministerpräsidenten und Gesandten die einstimmig angenommene Erklärung, die der württembergische Staatspräsident Gieber zur Verlesung brachte:

In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung; sie halten eine schnelle Regelung der Personalfrage für notwendig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung des Verhältnisses von Reich und Ländern im Sinn einer größeren Selbständigkeit der Länder zu geeigneter Zeit eingeleitet werden.

Im Anschluß hieran gab der Staatspräsident Gieber dem Wunsch Ausdruck, daß sich das Reich und Bayern ins Benehmen setzen möchten, um schnellstens wieder normale Verhältnisse herbeizuführen.

Der Reichskanzler erklärte die Bereitswilligkeit der Reichsregierung, den Weg der Verständigung zu gehen und mit Bayern die Einigung herbeizuführen. Die Reichsregierung sei ferner bereit, möglichst bald in Verhandlungen mit den Ländern einzutreten, um die Frage der größeren Selbständigkeit der Länder zu erörtern, wobei selbstverständlich der verfassungsmäßige Weg zu gehen sei. Endlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgend gestatten, den Reichsausnahmestatus vollkommen aufzuheben oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Und dann ging man auseinander. Ein papierner Beschluß wurde zu den vielen andern gelegt, die in dieser Sache schon gefaßt worden sind. Die beiden Rebellen Kahr und Doffow kümmern sich nicht um all diese Wünsche und Anregungen; sie verhandeln nicht, sondern sie handeln, und zwar zielbewußt. Sie wissen, was sie wollen; die Reichsregierung aber fällt von einer Ohnmacht in die andre. —

feuer und wird sich noch steigern, wenn andere Zechen ebenso verfahren werden. Daran ist leider nicht zu zweifeln.

Die Diebstähle auf den Feldern nehmen infolge der furchtbaren Not in erschreckendem Maße zu. In Garpenfant es zu einem Kampfe zwischen Felddieben und der Hochfurter Polizei, der glücklicherweise unblutig auslief. In Stodum wurde der Güterbahnhof überfallen und ausgeplündert. Die Hochfurter Polizei, die auch hier eingriff, wurde mit Gewehrschüssen empfangen. Der Wert der geraubten Waren beläuft sich auf Millionen.

Die Franzosen greifen nunmehr in die Lebensmittelversorgung ein. In Langendreer fand am Mittwoch eine Besprechung von Mitgliedern der Gewerkschaften mit dem Ortskommandanten statt. Dieser erklärte sich bereit, in jeder Weise seine Unterstützung zur Behebung der augenblicklichen Schwierigkeiten zu leisten. Die Besatzungsbehörde sei bereit, den Gemeindeeingewohnten Lebensmittel gegen Bezahlung zur Verfügung zu stellen. Die Bevölkerung brauche sich keine Sorge zu machen, daß in nächster Zeit Mangel an Lebensmitteln eintrete, da die Besatzung diese in ausreichender Menge liefern werde. Auch der Eisenbahnbetrieb solle bald im vollen Umfang wieder aufgenommen werden, so daß die Zufuhr der Lebensmittel aus dem umliegenden in das besetzte Gebiet wieder unbehindert vor sich gehen könne.

Die Stilllegung sämtlicher Zechen erfolgt am Montag. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Essen:

Die Zechen haben den schwerwiegendsten Beschluß gefaßt, der jemals im Bergbau auf der Tagesordnung gestanden hat, nämlich, vom kommenden Montag an alle Betriebe des rheinisch-westfälischen Bergbaues zu schließen. Dieser Beschluß ist die Folge der ergebnislosen Verhandlungen, die sowohl die Vertreter der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer mit den Besatzungsbehörden geführt haben. Nach dem Scheitern dieser Besprechungen sehen sich die Zechen keine Möglichkeit mehr, die Mittel für die Löhne der Belegschaften aufzubringen.

Von Anfang nächster Woche an werden also alle Bergleute der Erwerbslosenfürsorge anheimfallen. In den Betrieben werden lediglich kleine Teile der Belegschaften zurückbleiben, die zur Sicherung der Anlagen dienen. Ob auch die mit Hollandlieferungen beauftragten Zechen von der Stilllegung betroffen werden, steht noch nicht fest; jedenfalls aber stehen dem Ruhrgebiet Erschütterungen schmerzlicher Art bevor.

Unruhen im Reiche.

In Kiel demonstrierten Erwerbslose vor dem Rathaus. Es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die abends von der Schutztruppe Gebrauch machte.

In Braunschweig wurden nach Ruhestörungen 250 Personen verhaftet, die einer kommunistischen Hundertschaft angehören sollen.

Bei Unruhen in Frankfurt a. M. wurden zwei Arbeiter getötet, ein Polizeihauptmann und vier Arbeiter verwundet.

Leunungsdemonstrationen werden auch aus dem Ruhrgebiet gemeldet. Zu Plünderungen kam es in Essen und Gelsenkirchen und Umgebung. Auf dem Bahnhof Maternberg wurden Züge mit Kartoffeln beraubt, wobei ein Mann erschossen wurde.

Deutschland an die Reparationskommission.

Nach einer Meldung des Wolff-Bureaus ist am 24. Oktober der Reparationskommission in Paris folgende Note der deutschen Regierung übergeben worden:

Die deutsche Regierung hat der Reparationskommission am 13. Januar 1923 davon Mitteilung gemacht, daß sie aus Anlaß der Befehle des Ruhrretiers die Reparationslieferungen an die an der Behebung beteiligten Mächte eingestellt habe. Die Reparationskommission hat diese Mitteilung mit Schreiben vom 26. Januar 1923 dahin beantwortet, daß sie die früheren Anträge der deutschen Regierung auf eine Neuordnung der Reparationsfrage als hinwiegend betrachte und daß unter diesen Umständen alle Bestimmungen des Londoner Zahlungsplanes vom 5. Mai 1921 in Kraft blieben. Nachdem die deutsche Regierung durch ihre Erklärung vom 26. September 1923 die Bevölkerung der besetzten Gebiete aufgefordert hat, den passiven Widerstand aufzuheben und nachdem sie die im Zusammenhang damit erlassenen Verordnungen und Anweisungen aufgehoben hat, ist damit auch ihre Empfehlung über die Einstellung der Reparationslieferungen an die an der Ruhrbesetzung beteiligten Mächte hinwiegend geworden.

Die deutsche Regierung stellt daher ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Vertrag von Versailles an die Mächte wieder aufzunehmen. Andererseits haben jedoch die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich seit Januar in Deutschland entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen, jetzt die Geldmittel aufzubringen, die zur Bezahlung der Leistungen aus dem Vertrag von Versailles erforderlich sind.

Seit den Darlegungen der deutschen Regierung vom 14. und 27. November 1922 ist infolge der Befehle des Ruhrretiers und der wirtschaftlichen und finanziellen Wetzerrung des Rheinlandes und des Ruhrretiers von Deutschland eine grundlegende Aenderung in den Hilfsmitteln und in der Leistungsfähigkeit Deutschlands eingetreten. Die deutsche Regierung hat infolge der dadurch hervorgerufenen Zerrüttung der Wirtschaft und der Finanzen bereits am 11. August 1923, wie der Reparationskommission bekannt ist, unter grundsätzlicher Anerkennung ihrer Leistungsverpflichtung ihre tatsächliche Unfähigkeit erklären müssen, weitere Sachlieferungen an die übrigen Mächte zu bewerkstelligen. Aus dem gleichen Grunde ist sie auch jetzt faktisch außerstande, die Finanzierung dieser Leistungen fortzusetzen oder von neuem aufzunehmen.

Die deutsche Regierung stellt daher an die Reparationskommission den Antrag, gemäß § 234 des Vertrags von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und der Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

Die Verordnung über die Errichtung der Deutschen Rentenbank, durch die eine Reform der deutschen Währung vorbereitet worden ist, beschreibe ich mich, hiermit zur Kenntnis zu bringen.

Zum Schluß der Wolff-Meldung heißt es: Die deutsche Regierung hat davon Kenntnis erhalten, daß die Reparationskommission die technischen Vorschriften

der belgischen Regierung zur Regelung der Reparations ihrer Finanzabteilung zur Prüfung und Berichterstattung überwiesen hat. Die deutsche Regierung wird ihre Bemerkungen zu den belgischen Vorschlägen der Reparationskommission demnächst schriftlich mitteilen. Bei der Schwierigkeit der Materie dürfte es zweckmäßig sein, ihren Vertretern Gelegenheit zu geben, sich zu den belgischen Vorschlägen und den deutschen Bemerkungen mündlich zu äußern.

Dollar Amtliche Notiz 65 Milliarden
v. Donnerstag
Letzter Kurs in Newport 80 000 000 000 Mt.

Raum ernannt...

Die amtliche Ernennung des Grafen Ranik zum Ernährungsminister ist vollzogen. Von der Absicht, den Grafen Ranik mit diesem Amte zu betrauen, hatte Reichskanzler Stresemann dem Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion Kenntnis gegeben. Eine Zustimmung zu seiner Ernennung ist jedoch nicht erfolgt. Sie kann übrigens auch erst erfolgen, wenn die sozialdemokratische Fraktion sich mit der Angelegenheit beschäftigt haben wird.

Inzwischen hat bereits die Geze der Deutschen nationalen und des Reichslandbundes gegen den Grafen Ranik eingeleitet. Ranik hat vor der Annahme seines Amtes seinen Austritt aus der deutschnationalen Reichstagsfraktion erklärt, weil er mit ihrer Haltung zur Regierung nicht einverstanden war. Der Landesverband der Deutschen nationalen Ostpreußens erklärt nun, daß Ranik sich durch die Uebernahme des Amtes in einen scharfen Widerspruch zu der einmütigen Auffassung der Deutschnationalen Partei gestellt habe. Der Vorstand mißbilligt deshalb seinen Schritt auf das schärfste und fordert ihn auf, sein Mandat unzugänglich niederzulegen. Auch die Zentralleitung des Reichslandbundes erklärt, daß der Landbund mit der Ernennung des Grafen Ranik zum Ernährungsminister nichts zu tun habe und daß sein Eintritt in das Kabinett Stresemann nicht als die Vertretung des Reichslandbundes in der jetzigen Reichsregierung angesehen werden könne. Der Pommerische Landbund geht noch weiter. Er erklärt, daß die Ernennung des Grafen Ranik ein schwerer Schlag gegen die Landwirtschaft ist, und er macht kein Hehl daraus, daß die pommerischen Großagrarier dem neuen Ernährungsminister genau so feindlich gegenüberstehen, wie jedem, der es als seine Aufgabe betrachtet, der hungernden städtischen Bevölkerung die notwendigen Nahrungsmittel zuzuführen.

Graf Ranik hat bei der Uebernahme des Amtes in einem Aufruf die Landwirtschaft um Unterstützung gebeten und es als eine dringende Aufgabe bezeichnet, alle Anstrengungen zu machen, um die städtische Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Der Aufruf klingt nicht unympathisch, doch haben wir großen Zweifel daran, ob Graf Ranik erfolgreicher als seine Vorgänger die städtische Versorgung mit Nahrungsmitteln sicherstellen kann, wenn er sich nicht dazu entschließt, gegen die Großagrarier mit andern Mitteln vorzugehen, als sie bisher in Anwendung gebracht wurden. Denn schon jetzt ist deutlich, daß die Absicht, einen Agrarier mit dem Amte des Ernährungsministers zu betrauen, die auf der äußersten Rechten stehenden Agrarier durchaus nicht veranlassen wird, freiwillig ihre Pflicht zur Sicherstellung der Volksernährung zu erfüllen.

Die Magdeburger Betriebsräte zur Wirtschaftslage.

Eine überfüllte Vollversammlung der Betriebsräte nahm am Dienstag abend ein Referat des Reichstagsabgeordneten Gerowenbender über die derzeitige Wirtschaftslage entgegen. Vorher gab der Versammlungsleiter, Genosse Steinke, bekannt, daß die Betriebsräte vorläufig erst im Januar ihren Unterricht fortsetzen wird. Weiter macht er auf die einschneidenden abgeänderten Demobilisierungsbestimmungen vom 12. Februar 1920 und 8. November 1920 aufmerksam. Genosse Vender führte zur Lage folgendes aus:

Das augenblickliche grenzenlose Elend hat die Reaktion in Deutschland gewaltig gestärkt, das zu einem nicht geringen Teil auf die Gewaltpolitik der Entente zurückzuführen ist. Seit Jahren kämpfen die Gewerkschaften gegen die Not des Volkes an. Es muß leider festgestellt werden, daß die berechtigten Forderungen der Spitzenorganisationen von den Regierungen fast nie beachtet worden sind, und doch hätten die geeigneten Wege sehr wohl zu einem Erfolg führen können. Wir müssen heute mehr denn je eine soziale Wirtschaftsreform fordern, weil nur auf diesem Wege der weitgehende Einfluß der Arbeiterkreise gewahrt wird. Das Kapital feiert heute an den Banken Orgien, während der Mensch als Arbeitsmaterial brachliegt. Das Lebensniveau der breiten Volksschichten ist ganz gewaltig gesunken. Nach dem heutigen Dollarkurs verdient ein Arbeiter in der Woche etwa 1,50 Mark Goldwährung. Die Erwerbslosenunterstützung für Mann, Frau und Kind reicht pro Woche gerade für zwei Brote aus. Dampfe Verzweiflung beherrscht deshalb gerade heute die Massen, weil der Hunger grassiert und die Gesellschaft an der hungernden Menschheit ihre Pflicht nicht erfüllt. Man sollte nicht die hungernden Menschen bestrafen, die an den Unmütigen befehligen waren, sondern die Kreise, die die Ursache heraufbeschworen haben.

Die Produktionssteigerung ist unbedingt notwendig, wenn breite Volksschichten nicht vor Hunger zugrunde gehen sollen. Würden die 3 Millionen Arbeitslose und 4 Millionen Kurzarbeiter voll beschäftigt, so könnte die Produktion entschieden mehr gesteigert werden als durch Verlängerung der Arbeitszeit. Die breiten Massen müssen lauffähig gemacht werden, um auch dadurch wieder eine erhöhte Geschäftstätigkeit hervorzurufen. Man muß sich wundern, daß bei dem lächerlichen Einkommen überhaupt noch so viel gearbeitet wird, weil ja bekanntermaßen der Hunger dem Menschen jede Arbeitslust nehmen muß. Die Gewerkschaften sind bereit, die Produktion steigern zu helfen, wie es ja die Bergarbeiter letzten genügend kundgetan haben. Es kann aber nicht angehen, daß deutsche Industrielle mit französischen Generalen über die Ausbeutung der deutschen Arbeitskraft beraten. Solche Maßnahmen grenzen an Lande-verrat. Gegen die Wucherer und Wirtanen soll vorgegangen werden, deshalb ist vornehmlich von den Parteien der Regierung das Ermächtigungsgesetz in die Hand gegeben, nicht aber, um es gegen die Arbeiterschaft auszurufen. Die Rutische der

Fasselle und Separatisten verschlimmern die Lage, wie dies überhaupt jeder Prüfbesuch nur zu sehr. Dadurch wird das Vertrauen zum Staate weiter untergraben und das Elend mitgrößert. Von der Kampfbereitschaft der Gewerkschaften hängt die Zukunft der Arbeiterschaft ab. Das sollte jeder Arbeiter einsehen und an dem Aufbau und Ausbau der Gewerkschaften getätigt werden.

Getrieben vom Volke Brot und Arbeit, dann werden Ruhe und Ordnung auch ohne Ausnahmezustand und dergleichen in das Land kommen. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Referat gaben die Genossen Apfel und Czerny einen kurzen Bericht über die gemeinschaftlichen Beratungen der beiden städtischen Arbeiterparteien. Sie konnten mitteilen, daß der Ausgang der Beratungen befriedigend sei und daß sich eine Redaktionskommission mit dem von beiden Seiten gestellten Bedingungen, die dem Plenum wieder Bericht erstatten soll. Es besteht zurzeit eine lose Arbeitsgemeinschaft zwischen beiden Parteien, die nach den weiteren Beratungen hoffentlich zu einer festen gestaltet wird.

Nach kurzer Aussprache über den Vortrag gelangte folgende Entscheidung mit Mehrheit zur Annahme:

Die freigewerkschaftlichen Betriebsräte nahmen in einer Vollversammlung am 23. Oktober 1923 zu der derzeitigen Wirtschaftslage Stellung. Die durch die Regierung Einno und deren Ruhrpolitik bedingte außerordentlich gestiegene wirtschaftliche und politische Lage hat sich für die arbeitenden Kreise bis zur Unentgegbarkeit gestaltet, so daß heute für weite Bevölkerungskreise eine menschenwürdige Existenzmöglichkeit überhaupt nicht mehr besteht. Diese Tatsache muß naturgemäß zur Explosion führen, zumal arbeiterfeindliche Volksschichten aus dem trostlosen Elend erneut Kapital schlagen und den ausgehungerten und erschöpften Massen die wenigen ererbten gesellschaftlichen Vorteile der letzten Jahre gerade jetzt wieder nehmen wollen.

In dieser Erkenntnis ist eine geschlossene Front der Arbeitnehmerschaft, die weiteres Unheil verhüten soll, unbedingt anzustreben. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen müssen durch ihren gemeinsamen Aktionsausschuß ihre ganze Kraft einsetzen, um Regierung und Unternehmerschaft zu zwingen, auch der Arbeiterschaft die Menschenrechte wiederzugeben, die zur Existenzmöglichkeit des einzelnen und auch zur Staatserhaltung unbedingt notwendig sind. In diesem Bestreben stehen die Belegschaften auf alle Fälle hinter ihren Führern.

Ein Antrag, der die Befreiung des von den städtischen hüttingischen Betriebsräten geforderten Reichsbetriebsräte-Kongresses am 9. November fordert, wird dem Ortsausschuß überwiesen. Zwei weitere Anträge, die sich mit der Schaffung eines Aktionsausschusses und deren Tätigkeit befassen, sollen der vorläufigen Redaktionskommission der beiden Parteien überwiesen werden. Ein dritter Antrag, der in der Hauptsache die Aufhebung des Belagerungszustandes fordert, soll ebenso wie die vorhergehenden behandelt werden.

Die von einem Diskussionsredner aufgeworfene Frage, ob den Generalkonferenzen zur Anwendung zu bringen, wird von dem Genossen Vender im Schlußwort einwandfrei Weise beantwortet. Nach einigen Bemerkungen an die Betriebsräte seitens des Genossen Steinke, das Gehörte in die Betriebe hinauszutragen und weiter zum Wohle der Arbeiterschaft tätig zu sein, wurde die von seltener Einigkeit getragene Vollversammlung unter Abgang der „Internationalen“ geschlossen.

Bergarbeiter und Arbeitszeitverlängerung

Die Konferenz des Vorstandes der Bezirksleiter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands faßte zur Frage der Arbeitszeitverlängerung für den Bergbau einstimmig folgende Entschließung: „Der gesetz- und vertragswidrige Versuch der Bergwerksbesitzer des Ruhrgebiets, die Arbeitszeit zu verlängern, hat psychologisch die allergrößten Wirkungen ausgelöst, so daß schon in Erkenntnis dieser Tatsache die gegenwärtige Zeit die ungeeignetste zur Erörterung dieser Frage ist.“

Zu dem Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes erklärt die Konferenz: Der Entwurf enthält die Aufhebung der bisherigen gesetzlichen Schichtzeit für die unterirdisch beschäftigten Bergarbeiter und verschlechtert damit den Rechtsboden für vertragliche Vereinbarungen außerordentlich. Die Konferenz behauptet, daß der Reichsarbeitsminister diesen Entwurf vertritt, trotzdem die Vertreter der Bergarbeiterverbände nie einen Zweifel daran gelassen haben, daß sie bereit sind, den Lebensnotwendigkeiten der Wirtschaft Rechnung zu tragen, soweit absolut notwendige Voraussetzungen erfüllt sind. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands kann der gesetzlichen Befreiung der bisherigen Arbeitszeit nicht zustimmen. Sie würde die Arbeitsleistung nicht günstig beeinflussen, dagegen die Quelle jahrelanger Konflikte sein und das Wirtschaftsleben auf lange Zeit hinaus erschüttern.

Von der Regierung und dem Reichstag erwartet die Konferenz, daß sie im Interesse einer Gesundung der Wirtschaft und einer wirklich praktischen Produktionsvermehrung von der Befreiung der bisherigen Arbeitszeit Abstand nehmen und damit den Weg frei lassen für tariflich vereinbarte Maßnahmen.

Die Bergarbeiter werden sich weder durch Unternehmensakt noch durch Gesetz zwingen lassen, die bisherige normale Arbeitszeit für die unterirdisch beschäftigten Steinkohlenarbeiter preiszugeben. Die Konferenz erhebt Einspruch gegen die Darstellungen in der Unternehmerpresse, die für alles bestehende wirtschaftliche Elend in erster Linie mangelhafte Leistung der Bergarbeiter geltend machen. Die wesentliche Ursache des wirtschaftlichen Zusammenbruchs ist vielmehr in der schrankenlosen kapitalistischen Preisanarchie und in dem kurzfristigen Profitstreben kapitalistischer Kreise zu suchen, durch welche sowohl die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands auf dem Weltmarkt benachteiligt, wie die Kaufkraft der Arbeiterschaft nahezu völlig vernichtet wurde.

Notizen.

Die „Frankfurter Volksstimme“ verboten. Das Mehrheitskommando 5 in Stuttgart hat das Frankfurter sozialdemokratische Organ „Die Volksstimme“ auf 3 Tage verboten. Das Verbot erfolgte wegen eines Artikels über das Arbeitszeitgesetz, in dem in ironischer Form darauf hingewiesen war, daß eine Pinaufhebung der Arbeitszeit auch für die Reichswehroffiziere einen längeren Arbeitsdag bringen müßte.

Die pommerischen Agrarier für Bayern. Die deutsche nationale Partei Pommerens veröffentlicht einen Aufruf, in dem sie wegen der Mißerfolge der Regierung Stresemanns, die es nicht magt, gegen die Sozialdemokratie zu regieren, den Austritt Stresemanns verlangt. Der pommerische Landbund hat sich ebenfalls gegen Stresemann und für die Politik Kahr's ausgesprochen.

Depechen.

Edhung in englischen Gelde.

25. London, 25. Oktober. Weiter meldet: Es deutsche Pilsdampfer liegen im Hafen von Aberdeen. Die Besatzung weigert sich, abzufahren, bevor ihre Forderung nach Zahlung der Löhne in englischen Gelde gewährt ist. Sie fordern sich, daß die Besizer 450 Pfund Sterling für jede verbleibende Pilsdampfer erhalten, daß sie aber selbst in Markt bezahlt würden und deshalb nicht imstande seien, ihre Forderungen zu unterlegen.

Nachrichten aus der Provinz.

Kreis Wangleben.

Hohendobelen. Eine Parteivorversammlung findet am Sonnabend abend 8 Uhr bei Coorad statt.

Kreis Kalbe.

Schönebeck. Volksversammlung. In der am 23. Oktober von 4000 Personen besuchten Versammlung im Stadtpark sprachen an Stelle des verabschiedeten Reichstagsabgeordneten Genossen.

Schönebeck. Einen guten Verlauf nahm die vom Verband der Fabrikarbeiter einberufene ordentliche Generalversammlung. Die Geschäfts- und Kassenerichte zeigten, daß die zehrende Weltentwicklung...

Stadtkreis Wschersleben.

Wschersleben. Eine Frau unter Mordverdacht verhaftet. In Wschersleben ist seit 14 Tagen der Gastwirt Schrope spurlos verschwunden.

Ulmars.

Sölder. Das Genid gebrochen. Der bei dem Landwirt Trittel bewiesene 19jährige Wilhelm Lampe fuhr mittags mit einem leeren Wagen auf dem Wege nach Mithersdorf.

Kleine Chronik.

Eine Straßenbahn bankrott. Die elektrische Straßenbahn in Breslau hat seit Dienstag den Betrieb eingestellt.

Von einem Hunde totgebissen. Eine Familie in Berlin hatte die von der Waise gewaschene Wäsche auf dem Trodenboden aufgehängt lassen und sperrte zum Schutze gegen Waischdiebe den Hund der Familie in den Trodenboden ein.

Ein Landkreis von Verbrechern gefäubert. Die alte pommersche Stadt Kammin und deren Umgebung wurden seit Jahren von Verbrecherbanden geradezu terrorisiert.

neßes Großreinemachen" durchgeführt in dessen Verlauf der größte Teil aller Strafzaten aufgelöst und etwa 50 Personen zur Haft gebracht wurden.

Ein bulgarisches Rasterlöcher. Bei Tschirpan, am nördlichen Rande der Marikaniederung, im Osten von Philippopol, ist Gold gefunden worden.

Mit 50 Mann untergegangen? Reuter meldet aus New-York, daß der baltische Dampfer „Westmoreland“, der auf der Höhe von Delaware drähtlos um Hilfe gerufen hat, im Sturm mit seiner Besatzung von 50 Offizieren und Mannschaften untergegangen ist.

Volksport.

Handball.

Vennedebek I gegen Eintracht Süd I (1:2, 0:2). Eintracht hatte die Mannschaft umgestellt. Die Umstellung bewährte sich. Der Ersatzwart stellte seinen Mann. Die Mannschaft selbst gefiel und verlor sich richtig zu stellen und war dadurch im Vorteil.

Sportfreunde Magdeburg I gegen Freie Turner Hamburg-Vergerdorf I (6:0). Die Freie Turner hatten zu ihrem ersten Leistungstest eine Magdeburger Mannschaft gewonnen. Ein guter Griff. Das gezielte Propagandenspiel war wunderbar.

Egerleben I gegen Wefensleben I (2:4 - 1:2, 3:10). Am Sonntag standen sich beide Mannschaften im ersten Spiel im Wefensleben gegenüber. Mit dem Anstoß von Wefensleben setzte ein hartes Spiel ein.

Warenmärkte.

Magdeburger Produkten-Börse vom 19. Oktober. Infolge der Notverordnung des Herrn Oberpräsidenten sind an der Börse diese Getreidenotierungen nicht vorgenommen worden.

Table of prices for various goods including coffee, sugar, and other commodities, with columns for item names and prices.

Table titled 'Berliner Produkten-Börse vom 24. Oktober' showing product prices and exchange rates for various goods.

Table titled 'Wasserstände' showing water levels in various locations like Potsdam, Brandenburg, and other regions.

Wettervorhersage. Freitag den 26. Oktober: Abmählich ruhiger und beständiger werdend, nach einzeln Regenschauer von abnehmender Stärke.

Mitteilungen aus der Buchhandlung Volksstimme.

Verkaufspreis gleich Grundpreis x Schlusssatz d. Buchg. d. d. 2. 16 Milliarben. (Sm Antiquariat eigne Schlußzahl 5 Milliarben.) Zeitchriften-Abteilung.

Das Geheimnis des Alten.

Roman von Slein-Ribertton. 1. Kapitel. Nachdruck verboten.

Ich hatte ihn seit mehreren Jahren nicht mehr zu Gesicht bekommen, als er eines Tages ganz unerwartet in mein Gästezimmer trat. Ich wahrte damals seit einiger Zeit in einer kleinen nordwestlichen Hjørnstadt.

bereits vorgerückt war. Sie sank nun mehr und mehr zum westlichen Horizont hinab und schien den Tag mit sich zu ziehen. Ich strich prüfend mit den Fingern über die Fensterscheiben, die bereits eiskalt geworden waren.

ernte, der einige Schritte auf mich zu tat und mir in seiner alten, herabhaften Weise die Hand entgegenstreckte. Ich machte kein Geht auf meiner Freude über dieses völlig unerwartete Wiedersehen, und auch er schien ehrlich erfreut zu sein.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 25. Oktober 1923.

Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 22. Oktober auf das 304,5millionenfache der Vorkriegszeit.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten blieb also in der letzten Woche mit 340 Prozent hinter derjenigen der Vorwoche mit 594 Prozent wesentlich zurück. Lediglich aber ist die Tendenz gerade in der letzten Zeit wesentlich stärker gewesen als je und hat zu dem katastrophalen Notstand geführt, unter dem die gesamte arbeitende und noch mehr die durch den Konjunkturrückgang von ihrem Recht auf Arbeit ganz oder teilweise beraubte Bevölkerung so entsetzlich leidet.

Die Wiedereinführung der Brotkarte.

Der Lebensmittelausschuß besprach in seiner letzten Sitzung die Frage der Brotversorgung. Von den anwesenden Vertretern der Mühlen-, Brotfabriken und Bäder wurde übereinstimmend festgestellt, daß die herbeigekommene Brotknappheit in Magdeburg in keiner Weise auf einen Mangel an Brotgetreide zurückzuführen sei, sondern vielmehr darauf, daß in der vergangenen Woche die Anforderungen der Bevölkerung das Zwei- bis Dreifache des Verbrauchs während der öffentlichen Bewirtschaftung ausgemacht hätten.

Der Ausschuß beschäftigte sich auch mit der Anordnung des Oberpräsidenten und seinen Wünschen, insbesondere auch für die Versorgung der nächsten Tage. Für die Nacht wurde auf Grund der in der Anordnung angegebenen Erzeugnisse mit Rücksicht auf die hohen Kosten der Bearbeitung und Verladung der Weizen ein Kleinhandelspreis von 400 Millionen (für 100 Kilogramm) festgesetzt.

Brotbeschränkung.

Es ist ein vorübergehender Verzicht auf den Preisverfall des Landesbrotgetreides auf eine Reihe von Wochen zu beschließen. Die Brotbeschränkung ist ein notwendiges Mittel, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

Die Brotkarte ist ein notwendiges Mittel, um die Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Sie soll die Verteilung des Getreides regeln und die Preise stabilisieren.

des Kartoffelwuchers zur besondern Pflicht gemacht. Beim Verkauf von Kartoffeln gegen ausländische Zahlungsmittel ist rücksichtslos einzuschreiten.

Sonntagsstunden für Arbeiter.

In aller Not sucht doch der Mensch eine Stunde, die ihm eine beschiedene Freude bringt. Er will einmal vergehen, will einmal aufatmen. Deshalb auch der gute Besuch von Schaulustigen und künstlerischen Veranstaltungen gerade in den Zeiten großer wirtschaftlicher Bedrängnis.

Für unsere Arbeiter, unsere Parteigenossen und ihre Angehörigen sollen in dem schönen Festsaal des Franke-Jugendheims Veranstaltungen getroffen werden, die eine Erhebung sein sollen aus den trüben Sorgen des Alltags.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Heute Donnerstag den 25. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr, in Friedrichs Festsaal. Vollziehung sämtlicher Betriebsvertrauensleute. Reichstagsabg. Brandes spricht über die politische Lage.

Vorstandssitzung findet nicht am 5 Uhr, sondern 1/8 Uhr statt.

Die Verordnung des Oberpräsidenten aufgehoben. Die Weistelle des Oberpräsidenten meldet: Nachdem der Oberpräsident mit dem Reichs Ernährungsminister eine Aussprache über die Ernährungsfrage gehabt und die Reichsregierung erklärt hat, noch in dieser Woche wertbeständiges Geld in ausreichender Menge in den Verkehr zu bringen und somit begründete Hoffnung besteht, daß die augenblicklich unheilbaren Zustände auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung alsbald ihr Ende erreichen werden, hat der Oberpräsident seine Polizeibezirkung vom 23. Oktober 1923 aufgehoben.

Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß mit dem wertbeständigen Geld eine Stabilisierung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse sich anbahnt. Ein Hauberk, der Kartoffeln und Getreide aus den Lagerräumen der Produzenten holt und sie zu den Verbrauchern bringt, wird das wertbeständige Geld freilich auch nicht sein.

Achtung, Schmiebe und Stellmacher! Der Regierungspräsident erklärte den Schiedspräsident des hiesigen Schlichtungsausschusses vom 19. Oktober 1923 für die Zeit vom 14. bis 27. Oktober in der Lohnstreitfrage zwischen der Schmiebe-Jungm und der Wagener-Jungm einseitig und dem Deutschen Metallarbeiterverband andererseits für verbindlich.

Zur Lohnbewegung in der Holzindustrie. Für die Metallindustrie und am heutigen Donnerstag in Halle der Schlichtungsausschusses entschieden. Stellmacher und Korbmacher sind erledigt. Für die Holzindustrie ist der Spruch für verbindlich erklärt.

Die gestrige Generalversammlung unserer Interessengemeinschaft gibt Ihnen hiermit folgenden Bescheid bekannt: Es sind zu zahlen für die Zeit vom 12. bis 18. Oktober pro Stunde 60 Millionen plus Zinsen von 18. d. M. — 330 520 000 Mark, für die Zeit vom 19. bis 25. Oktober 330 520 000 Mark plus Zinsen von 25. d. M.

Die Generalversammlung des Deutschen Bauernbundes wird die Präsidenten der Reichsverbände und die Landesverbände zum 21. September für alleinstimmig erklärt. Damit ist der Geltungsbereich dieser Verordnung mit Wirkung vom 1. September ab rückwirkend 3. November auf das gesamte Reichweite einseitig für die Generalversammlung und der gemeinsamen Bauernbunde rückwirkend aufgehoben.

Für die Altershilfe sind bei uns von Herrn Hermann Schmidt in einem Bericht 2. Band 20 Bände eingegangen.

Eine Frauen-Mitgliederversammlung führte die Genossinnen am Donnerstag beim Genossen Holz zusammen. Genossin Landtagsabgeordnete Christmann (Wahren) gab den zahlreich erschienenen Frauen in ihrem Referat einen Rückblick über die politischen Ergebnisse der letzten Jahre.

Miettschöffen und Mieterbeisitzer. Der Vorstand des Magdeburger Mietervereins hat in Anlehnung der Tatsache, daß durch das neue Mietrecht die Vermieter erheblich zur Wahrnehmung der Mieterinteressen berufen sind, beschlossen, für die Mieterbeisitzer rechtlichen Unterricht zu erteilen.

Lohnbewegung im Transportgewerbe. Vor dem Schlichtungsausschuß ist eine Vereinbarung zwischen beiden Parteien über die Neueglung der Löhne für diese Woche dahin zustande gekommen, daß die Steigerung der Reichsindexziffer zu dem Lohn der Vorwoche hinzukommt.

Gehaltszahlung an Angestellte. Zwischen der Vereinigung Magdeburger Arbeitgeberverbände und den Spitzenorganisationen der Angestellten wurde vereinbart, daß als Retrazierung für Oktober bis 31. Oktober 1500 Augustgehälter zur Auszahlung zu bringen sind.

Legitimationskarten für Reisende. Die Geschäftszuhaber, die für 1924 für sich oder ihre Reisenden Legitimationskarten wünschen, werden aufgefordert, Anträge nach Halberstädter Straße 133, Zimmer 389, unter Angabe der Nummer der letzten Karte unter Beifügung eines Lichtbildes und zurzeit 20 000 000 Mk. Gebühren (bei Änderung der Gebühren wird ein ebit, Gehaltsbetrag nachgehoben) zu stellen.

Die städtische Grundsteuer ist vom 3. Quartal ab auf 2,5 Milliarden erhöht. Der sich hieraus ergebende Betrag ist nebst der rückständigen Grundsteuer für das 2. Quartal in Höhe von 617 500 Mark bis zum 2. November bei der städtischen Steuerkasse einzuzahlen.

Zirkus Blumenfeld. Abends 8 Uhr der bekannte gute Spielplan mit allen Attraktionen. Für die wegen Südamerika-Engagements früher abreisenden Motorradfahrer (Clair treten zwei neue erstklassige Darbietungen auf.

Beamtenbestellung. Vor der Strafkammer des Landgerichts standen der frühere Vorsteher der Sudenburger Güterabfertigung, Eigenbahnspektor Otto Simon, ferner der Eisenbahnspektor Otto Jahnke und die Kaufleute Fritz Auhöfner, Adolf Garmes, Samuel Freund, Adolf Bremer und Hermann Speich vor hier. Die Geschäftsleute sollen den beiden Beamten Zuwendungen gemacht haben.

Automobil-Ausstellung. In der Zeit schwerster wirtschaftlicher Krisen eröffnete am Dienstag die Firma Seeboldt u. Sied, Automobilhaus, ihr neues weiträumiges Ausstellungshaus auf dem Weißen Wege, gegenüber dem Scharnhorplatz.

Theater, Konzerte, Vorträge etc. Schillertheater. Freitag (Abend): Romeo und Julia. — Gonnabend (Abend): Die Zigeunerin. — Sonntag (Abend): Die Zigeunerin. — Montag (Abend): Die Zigeunerin.

Bereins-Kalender.

Deutsche Arbeitervereinsvereine, Freitag 8 Uhr Versammlung im Arbeiterhaus.